

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2014*



**P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L**

Liebe FreundInnen!

Am 12. Juni ist der Nationalrat zu seiner 30. Sitzung zusammengekommen. Themen waren u.a. das Pensionssystem, die Begrenzung von Luxuspensionen, die Novelle des HochschülerInnenschaftsgesetzes und die Steuerreform.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Donnerstag, 12. Juni, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Der Tag startete mit einer **Aktuellen Stunde** zum Pensionssystem. In der Folge wurde die Direktwahl bei den ÖH-Wahlen wieder eingeführt. Als zentraler Punkt der Tagesordnung begrenzte im Anschluss der Nationalrat die Luxuspensionen. Am Nachmittag wurde im Rahmen einer Dringlichen Anfrage über die Steuerreform diskutiert.

Eingeleitet wurde die Sitzung von einer **Aktuellen Stunde** zum Thema Pensionen, in der **Sozialminister Rudolf Hundstorfer** die Vorwürfe der Opposition, das Pensionssystem gehe zu Lasten der Jungen, vehement zurückwies. Der Minister erinnerte daran, dass der Pensionszuschuss des Bundes u.a. für die Ausgleichszulage zur Mindestpension oder auch für Kindererziehungszeiten ausgegeben wird – hier geht es um „**soziale Rechte, nicht Privilegien**“. Verärgert zeigte sich der Minister auch über die Pauschalverurteilung von BeamtInnen durch manche OppositionsmandatarInnen. Der **überwiegende Teil der aktiven BeamtInnen ist bereits im ASVG-System oder in der Übergangsphase**, nur noch 7.000 Beamte sind im alten System. Und jene BeamtInnen, die bereits in Pension sind, zahlen durch den Pensionsversicherungsbeitrag mit.

SPÖ-Sozialsprecherin **Sabine Oberhauser** kritisierte in der Debatte die NEOS. Für Oberhauser laufen die **Pläne der NEOS** zu Pensionskürzungen auf „**Pensionsraub**“ hinaus. Damit Pensionistinnen und Pensionisten im Konzept der Neos eine sinnvolle Zusatzpension bekommen können, müssten sie zudem mehrere hundert Euro im Monat zur Seite legen – "wer soll sich das leisten können?", so Oberhauser. Auf den Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt wies SPÖ-Abgeordneter **Wolfgang Katzian** in der Debatte hin: "Es ist höchste Zeit, die **Beschäftigungssituation älterer ArbeitnehmerInnen zu verbessern**, um damit auch das faktische Pensionsantrittsalter nach oben zu bringen," betonte er. "Ältere ArbeitnehmerInnen sind im Moment am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen."

In der Debatte zu einer **Dringlichen Anfrage** zum Thema **Steuerreform** bekräftigte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** am Nachmittag die Forderung der SPÖ nach einer **Steuerentlastung für die ArbeitnehmerInnen**. Im österreichischen Steuersystem gibt es eine „**Schiefelage**“, die beseitigt gehört. Das **Lohnsteueraufkommen übersteigt** bereits das Aufkommen aus **Umsatzsteuern**, was Zeichen für einen **schwachen Konsum** ist. Gleichzeitig ist Österreich bei **Vermögenssteuern Schlusslicht**. Eine substanzielle Lohnsteuerentlastung würde nicht nur den ArbeitnehmerInnen **mehr Netto vom Brutto** lassen, sondern hätte auch **positive Effekte auf Konjunktur und Arbeitsmarkt**.

Die wichtigsten Beschlüsse

Mehr Demokratie an Universitäten durch Direktwahl der Studierendenvertretung – [Novelle Hochschulinnenschaftsgesetz \(171 d.B.\)](#)

Mehr Demokratie an den **Universitäten** und die **Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung** bringt eine **Novelle des Hochschulinnenschaftsgesetzes**. Damit wird ein wichtiger Punkt des **Regierungsprogramms erfüllt** und eine jahrelange **Forderung der SPÖ umgesetzt**. Hervorzuheben ist der **transparente Verhandlungsprozess** und die **Einbeziehung der ÖH-VertreterInnen**, wodurch die Verhandlungen einen sehr konstruktiven Verlauf genommen haben. Durch die **Einführung der Briefwahl** ist auch eine **Erhöhung der Wahlbeteiligung** bei den ÖH-Wahlen zu erwarten.

Durch die **Novelle des Hochschulinnenschaftsgesetzes** können die Studierenden ab 2015 ihre **Vertretung wieder direkt wählen**. Die Reform bringt auch Verbesserungen für Studierende an Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Privatuniversitäten, bei denen die **Vertretungsstrukturen ausgebaut** werden. Die **ÖH-Bundesvertretung** wird auf 55 Mandate **verkleinert**. Besonders erfreulich ist, dass auch der **Diskriminierung von Drittstaatsangehörigen** ein **Ende** gesetzt wird. In Zukunft werden **alle Studierenden** unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit **aktives und passives Wahlrecht** haben. Mit der Novelle sind **einheitliche und transparente Regelungen** und eine **stärkere demokratische Legitimation** der Vertretung der Studierenden gelungen.

Kürzung von Luxuspensionen ([151 d.B.](#))

Mit dem **Sonderpensionenbegrenzungs-gesetz** ist ein großer Schritt zur **Kürzung von unangemessen hohen Pensionen** und zur weiteren **Vereinheitlichung des Pensionsrechtes** gelungen. Für künftige Zusatzpensionsansprüche – also Verträge, die erst in Zukunft abgeschlossen werden – gilt eine **Obergrenze** in der Höhe der **doppelten Höchstbeitragsgrundlage**, das sind 9.060 Euro. Im Bereich der OeNB, deren Pensionsregelungen Auslöser für dieses Gesetz waren, wird das **Pensionsantrittsalter erhöht**, Pensionsbeiträge, die Durchrechnung bei der Ermittlung der Pensionshöhe und Pensionssicherungsbeiträge eingeführt. Beschlossen wurde das Gesetz mit den Stimmen der Koalitionsparteien, Grüne und Team Stronach. FPÖ und NEOS stimmten **nicht** zu.

Marktordnungsgesetz – Schritt in Richtung mehr Fördergerechtigkeit d ([168 d.B.](#))

Mit dem Beschluss des **neuen Marktordnungsgesetzes** hat sich die **SPÖ durchgesetzt** – künftig wird kein Betrieb mehr als 150.000 Euro Basisprämienzahlung unter Berücksichtigung der Lohn- und Lohnnebenkosten erhalten. Damit wurde ein wichtiges Signal **gegen die Flächenförderung von Agrarkapitalisten** gesetzt. Ein weiterer wesentlicher Schritt in die richtige Richtung ist, dass die abgeschöpften

Gelder im Rahmen der **ländlichen Entwicklung** ausschließlich für Projekte im Bereich der **Bio-Landwirtschaft** und der **Direktvermarktung** verwendet werden. Damit wird die **Wettbewerbsfähigkeit** in den ländlichen Regionen **gestärkt**. Positiv sind auch die bessere **JunglandwirtInnenförderung** in Höhe von ca. 41 Euro pro Hektar sowie die neue **KleinlandwirtInnenregelung**, die eine Fördergeldhöhe von 1.250 Euro pro Jahr vorsieht. Außerdem wird mit der neuen Marktordnung der **Streit um falsche Almvermessungen beendet**.

Weitere Beschlüsse

Österreich-Werbung soll beim Transparenz-Gesetz entlastet werden [\(164 d.B.\)](#)

Die seit 1.7.2012 geltende Verpflichtung, Medienschaltungen und -kooperationen im Ausland an die KommAustria zu melden, verursachte bei den heimischen Tourismuswerbern enormen Aufwand und Rechtsunsicherheit. Allein im 4. Quartal 2013 machten Medienkooperationen der Österreich Werbung mehr als 150 Meldungen notwendig. Die von der Regierung ursprünglich mit 360 € pro Jahr und Unternehmen angegebenen Kosten beziffert die Österreich Werbung nach ersten Erfahrungen mit 70.000 €. Der Entschließungsantrag zielt darauf ab, die jährlichen Zusatzaufwendungen von Tourismus-Werbern zu reduzieren.

Basiskonto für alle [\(145 d.B.\)](#)

Mit diesem Antrag fordern SPÖ und ÖVP, dass alle Menschen einen Zugang zu einem Bankkonto mit wichtigen Basisfunktionen haben sollten. Derzeit ist es in Österreich 150.000 Personen aus verschiedenen Gründen nicht möglich, bei einem Kreditinstitut ein übliches Bankkonto zu eröffnen.

Wahlmöglichkeit bei kontaktlosem Bezahlen [\(147 d.B.\)](#)

Mit einer Bankomatkarte mit NFC-Ausstattung (Near Field Communication) können Beträge bis zu 25 € bargeldlos, ohne Stecken der Bankomatkarte und Eingabe des Pin-codes bezahlt werden. Da die Einführung in Österreich für die KonsumentInnen überraschend war, fordern die Abgeordneten der Regierungsfractionen, dass es für die KundInnen hier eine Wahlmöglichkeit im Sinne eines Opt-Out/Opt-In gibt.

Adaptierung des Schulrechtsbestandes [\(150 d.B.\)](#)

Im Schulorganisationsgesetz (SchOG) werden die schulischen Sprachförderkurse um weitere zwei Jahre bis Ende des Schuljahres 2015/16 für die außerordentlichen SchülerInnen an VS, HS/NMS, PTS und AHS-Unterstufe verlängert. Durch das Schulbehörden-Verwaltungsreformgesetz 2013 und den damit verbundenen Wegfall der Bezirksschulräte als Behördenebene ist außerdem der Schulrechtsbestand zu adaptieren. Darüber hinaus werden die sonderpädagogischen Zentren in „Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik“ umbenannt.

Behandelte Berichte

Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2012/8 ([III-10/173 d.B.](#))

Der Privatisierung der Dorotheum GmbH im Jahr 2001 unter der schwarz-blauen Regierung konnten die PrüferInnen des Rechnungshofes nicht viel Positives abgewinnen. So lag etwa der Verkaufserlös für das Dorotheum um 10 bis 20 Millionen € unter der Verkaufspreisempfehlung der Investmentbank, die die Privatisierung begleitete.

Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2011/11 ([III-6/174 d.B.](#))

In diesem Bericht wird die Rechnungshofprüfung des Tschad-Einsatzes des Bundesheeres dargestellt, wo unter anderem die Kosten für zugekaufte Logistikdienstleistungen kritisiert werden.

Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2013/1 ([III-14/175 d.B.](#))

In diesem Bericht prüft der Rechnungshof die Pensionsrechte der Bediensteten der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau, die Haftungen des Bundes für Exportförderungen, den schulärztlichen und schulpsychologischen Dienst, die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften, das Institut für Österreichische Geschichtsforschung, sowie den Assistenzeinsatz des Bundesheeres im Grenzgebiet.

Bericht der Volksanwaltschaft 2013 ([III-60/166 d.B.](#))

Der Tätigkeitsbericht 2013 gibt ein detailliertes Bild über die Arbeit der Volksanwaltschaft im vergangenen Jahr. So verzeichnete die Volksanwaltschaft 2013 das höchste Beschwerdeaufkommen in ihrer Geschichte. 19.249 Menschen wandten sich in Form einer Individualbeschwerde an die Volksanwaltschaft. Das ist ein Plus an Beschwerden von 23 Prozent. Seit Juli 2012 nimmt die Volksanwaltschaft außerdem ihr verfassungsgesetzliches Mandat zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte wahr und führt mit ihren Kommissionen Kontrollbesuche durch. Von den sechs regionalen Kommissionen wurden im Jahr 2013 insgesamt 530 Kontrollbesuche durchgeführt, darunter Überprüfungen von Einrichtungen, Abschiebungen und Polizeieinsätzen. 234 der bei den Besuchen und Kontrollen erhobenen Strukturängel konnten bereits erledigt werden. Nach Maßgabe der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Volksanwaltschaft verpflichtet, Einrichtungen und Programme für Menschen mit Behinderungen zu überprüfen. Die Kommission hat 67 solcher Einrichtungen besucht. 106 Kontrollen wurden in Alten- und Pflegeheimen öffentlicher und privater Träger durchgeführt.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen zum Europäischen Rat: Wählerwille muss umgesetzt werden \(28.05.2014\)](#)

[20 Jahre Volksabstimmung - Muttonen: EU-Mitgliedschaft als Turbo für Wohlstand und Beschäftigung \(11.06.2014\)](#)

Präsidentenwahlen in der Ukraine



Vom 24. bis 26. Mai war ich im Auftrag der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im westukrainischen Lemberg, um dort den Ablauf der Präsidentenwahlen zu beobachten. Die Wahl eines neuen Präsidenten war der erste wichtige Schritt, um nach dem Sturz von Präsident Janukowytsch wieder eine demokratisch legitimierte Regierung in der Ukraine zu erhalten. Aus diesem Grunde und vor dem Hintergrund des gewaltsamen Konfliktes zwischen der Regierung und separatistischen Bewegungen in der Ostukraine, war es für die OSZE besonders wichtig diese Präsidentenwahlen genau zu beobachten und auf ihren korrekten Ablauf hin zu überprüfen. Abgesehen von einigen Regionen im

Osten, die von den Separatisten kontrolliert werden und abgesehen natürlich von der Krim, sind die Wahlen in allen Teilen des Landes gut organisiert und ohne große Probleme durchgeführt worden. Das gilt besonders auch für Lemberg, wo ich und meine KollegInnen sehr offen und herzlich aufgenommen wurden und wo die Menschen sehr dankbar waren, für das Interesse und die große internationale Anteilnahme an ihren Wahlen.

Ich hoffe für die vielen Menschen in der Ukraine, die in den letzten Monaten für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land eingetreten sind, dass auf die erfolgreiche Präsidentenwahl bald auch die Wahl eines neuen Parlaments und einer neuen Verfassung folgen werden und dass es der neuen demokratisch legitimierten Regierung gelingen wird, das Land wieder zu einen und zu befrieden.

Eine umfassende Bewertung der Präsidentenwahlen findet Ihr auf den Seiten der [OSZE](#) (leider nur auf Englisch).

Bindu-Art-Ausstellung im SPÖ-Klub



Am 11. Juni hatte ich die große Freude, eine Ausstellung der Bindu-Art-School in den Parlamentsräumen des SPÖ-Klubs eröffnen zu dürfen. Die Bindu-Art-School ist die weltweit einzige Malschule für Leprakranke. Das in Indien angesiedelte Projekt wurde 2005 vom österreichischen Multimedia-Künstler Werner Dornik mitgegründet und ermöglicht es den Künstlerinnen und Künstlern durch

die Einnahmen, die Medikamente zu finanzieren, die sie für die erfolgreiche Heilung ihrer Lepra-Erkrankung benötigen.

Bisher wurden über 40 Bindu-Ausstellungen gezeigt, u.a. in Indien, Kroatien, USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Österreich. Ich selbst war auf das Projekt in Kärnten in einer renommierten Galerie gestoßen und hatte seither die Idee verfolgt, die Ausstellung in den SPÖ-Klub zu holen. Nicht nur die Bilder haben mich fasziniert, sondern auch der Gedanke dahinter: Ein Projekt zur Selbsthilfe für eine Gruppe von Menschen, die es wahrlich nicht leicht hat und die mit Hilfe der Kunst – dem Verkauf ihrer Bilder - neue Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben gewinnt. Es ist ein Projekt der Solidarität und passt, finde ich, grade deshalb besonders gut in die Parlamentsräume der SPÖ. Auf dem Foto bin ich bei der Eröffnung mit unserem Klubvorsitzenden Andreas Schieder, Werner Dornik, dem indischen Botschafter Rajiva Misra und der früheren Botschafterin in Indien, Jutta Stefan-Bastl zu sehen. Weitere Informationen findet Ihr [hier](#).

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at